

Ausbildung als Luxus ist nicht fair - Wohnheime und Kohle her!

Argumentationshilfe zum Ausbildungsstart

Für eine Vergütung, die zum Leben reicht

Die Mindestausbildungsvergütung (MiAV) schützt Auszubildende vor einer zu niedrigen Vergütung während ihrer Ausbildung. Sie legt eine gesetzliche Untergrenze fest, die Ausbildungsbetriebe bei der Vergütung ihrer Auszubildenden nicht unterschreiten dürfen.

Die Mindestausbildungsvergütung ist sowieso schon so gering, dass Azubis, die diese erhalten, auf weitere Unterstützung angewiesen sind, um sich das Leben zu finanzieren. Angesichts stark gestiegener Mieten und hoher Lebenshaltungskosten wird die finanzielle Situation für alle Auszubildenden nicht leichter. Besonders betroffen sind auch hier diejenigen, die auf die Mindestausbildungsvergütung angewiesen sind. Wenn nicht auf familiäre Unterstützung oder staatliche Hilfeleistungen zurückgegriffen werden kann, muss ein Nebenjob her. Das geht häufig zulasten von Erholungszeiten.

Reicht das Geld trotz allem nicht aus, entscheiden sich Auszubildende gegen eine Ausbildung oder brechen diese vorzeitig ab. Deshalb fordern wir, die Mindestausbildungsvergütung auf mindestens 80 Prozent der branchenspezifischen tariflichen Ausbildungsvergütung anzuheben, sofern das zu einer Besserstellung der Auszubildenden führt.

AzubiWerke im ganzen Land

Viele Auszubildende haben ähnliche finanzielle und soziale Herausforderungen wie Studierende, verfügen aber über weniger unterstützende Infrastruktur. Während Studierendenwerke beispielsweise bezahlbaren Wohnraum für Studierende zur Verfügung stellen, gehen Azubis bisher leer aus. Unser Ziel: Bundesweit AzubiWerke, die Auszubildende in den Bereichen Wohnen, Verpflegung, Beratung und sozialer Teilhabe unterstützen.

Gerade in teuren Städten ist bezahlbarer Wohnraum für Azubis knapp, und die Ausbildungsvergütung reicht oft nicht aus, um eigenständig zu leben. AzubiWerke setzen hier an, indem sie bezahlbaren Wohnraum, Beratungsangebote und Unterstützung im Alltag bereitstellen. Dadurch verbessern sie nicht nur die Chancengleichheit, sondern erleichtern auch die Entscheidung für eine Ausbildung und reduzieren Ausbildungsabbrüche. Gleichzeitig stärken AzubiWerke die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, indem sie Strukturen schaffen, die verlässliche Unterstützung für Auszubildende während ihrer Ausbildung bieten.

Demokratie endet nicht am Werkstor

Wir wollen mehr Mitbestimmung für Azubis in ihrem Wohnumfeld, in ihrer Ausbildung und in den Betrieben. Beschäftigte und Auszubildende sind von betrieblichen Entscheidungen direkt betroffen. Durch starke Jugend- und Auszubildendenvertretungen werden die Interessen der Azubis vertreten. Wir wollen diese Mitbestimmungsstrukturen in den Betrieben ausbauen. Mitbestimmung trägt dazu bei, die Qualität der Ausbildung zu verbessern und faire

Arbeitsbedingungen sowie ein Gegengewicht zur Arbeitgeberseite zu schaffen. Einzelne Beschäftigte haben oft nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Anliegen durchzusetzen. Mitbestimmung stärkt daher ihre Position und schützt vor Benachteiligung, steigert die Motivation und Zufriedenheit der Beschäftigten, sorgt für bessere, fairere Entscheidungen und erhöht nachweislich die Produktivität sowie die Krisenfestigkeit von Unternehmen.

Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!

Wir fordern gesetzliches Recht auf einen Ausbildungsplatz. Jeder junge Mensch soll die Möglichkeit haben, eine qualifizierte Berufsausbildung seiner*ihrer Wahl zu beginnen.

Aber: Auszubilden kostet Zeit und Geld. Weil Fachkräfte nicht vom Himmel fallen, müssen alle Unternehmen Verantwortung übernehmen. Wer nicht selbst ausbildet, soll über eine Ausbildungsplatzumlage in einen solidarischen Fonds einzahlen und so zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen beitragen. Das kann funktionieren, indem alle Betriebe in einen Ausbildungsfonds einzahlen und nur ausbildende Betriebe etwas zurückbekommen. Je mehr Azubis in einem Betrieb sind, umso mehr bekommt der Betrieb aus dem Fonds zurück – dadurch können ausbildende Betriebe mehr bekommen, als sie einzahlen.

Lehrjahre sind keine Herrenjahre? Schluss damit!

Lehrjahre sind keine Herrenjahre wurde historisch oft als Begründung benutzt, um zu rechtfertigen, dass Auszubildende sich unterzuordnen, schlechte Behandlung hinzunehmen, unbezahlte Überstunden zu leisten oder ausbildungsfremde Arbeiten zu erledigen haben. Er legitimiert Ausbeutung, unnötige Hierarchien und mangelnde Wertschätzung.

Dabei sollte klar sein: Auszubildende haben Rechte. Eine Ausbildung ist kein Gefälligkeits-, sondern ein rechtlich geregeltes Ausbildungsverhältnis. Eine Ausbildung muss Lernen ermöglichen, nicht eine billige Arbeitskraft liefern.

Wir fordern Respekt für Auszubildende statt Unterordnung: Moderne Ausbildung basiert auf Wertschätzung, guter Betreuung und fairen Arbeitsbedingungen. Wer Nachwuchs gewinnen und dem Fachkräftemangel was entgegenstellen will, muss zeitgemäß ausbilden und faire Bedingungen bieten.

Her mit dem guten Leben für alle!

Trotz aktueller Debatte zur höheren Wochenhöchst Arbeitszeit bekennen wir uns Jusos klar zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, auch für Azubis: Wir kämpfen für eine 25 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich.

Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass sich kürzere Arbeitszeiten positiv auf die Gesundheit (geringere Stresspegel, weniger Schlafstörungen, Schutz vor Burnout) und Produktivität von Arbeitnehmer*innen (fokussierteres Arbeiten und weniger Leerlauf) auswirken. Außerdem sorgt eine geringere Wochenarbeitszeit für geschlechtergerechtere Verteilung von Sorgearbeit und eine höhere Lebensqualität. So bleibt mehr Zeit für Familie, Freund*innen und politische wie gesellschaftliche Beteiligung.

Auf einen Blick - unsere Forderungen zum Ausbildungsstart

- Bundesweit flächendeckend bezahlbare Azubi-Wohnheime.
- Bei Besserstellung des Azubis mindestens 80 % der branchenspezifischen tariflichen Ausbildungsvergütung.
- Wer nicht ausbildet, wird umgelegt: Ausbildungsgarantie erweitern und eine solidarische Umlagefinanzierung am Beispiel Bremens einführen.